



Parlamentswahlen in Simbabwe Ergebnisse und Aussichten

Sven Schwersensky
Rudolf Traub-Merz

April 2005

Bei den Parlamentswahlen in Simbabwe hat die seit 1980 regierende Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) die Zwei-Drittel-Mehrheit gewonnen. Die einzige Oppositionspartei, das Movement for Democratic Change (MDC), wirft der Regierung massiven Wahlbetrug vor. Beweise über eine systematische Falschabzählung liegen bisher nicht vor.

Der Urnengang verlief überwiegend ruhig und ordnungsgemäß. Auf Grund der seit dem Jahr 2000 anhaltenden Repression und Einschüchterung von Politikern und Sympathisanten der MDC und der politischen Nutzung von Nahrungsmittelhilfe können die Wahlen aber nicht als frei und fair bezeichnet werden. Der Präsident hat angedeutet, dass er seine hinzugewonnene Parlamentsmehrheit nutzen will, um die Verfassung zu ändern. Während die politische Opposition geschwächt ist und Mugabe kaum mehr Hindernisse für einen Umbau des politischen Systems im Weg stehen, kann er die katastrophale wirtschaftliche Lage nur in einem Kompromiss mit den Geberländern bekämpfen.

1. Das Wahlergebnis

Laut offiziellem Wahlergebnis hat die ZANU-PF 78 (65%) der ausgeschriebenen 120 Parlamentssitze gewonnen, während die MDC in 41 Wahlkreisen (34%) siegreich blieb. Ein Sitz geht an einen unabhängigen Kandidaten.

Das Wahlergebnis bestätigt erneut die politische Teilung des Landes. Mit einer Aus-

nahme gewann die Opposition alle Sitze in den Städten (24 von 25) und eine deutliche Mehrheit in den beiden ländlichen Ndebele-Provinzen (9 von 16). Die ZANU-PF baute dagegen die politische Kontrolle über die ländlichen Shona-Provinzen (73 von 81) weiter aus.

Im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2000 hat die ZANU-PF insgesamt um 16 Sitze zugelegt und die MDC um die gleiche Zahl

abgebaut. Die Verschiebungen beziehen sich auf ländliche Gebiete. Von den 30 ländlichen Wahlkreise, die 2000 an die MDC fielen, holte sich die ZANU-PF 13 zurück. Besonders auffallend ist die Entwicklung in Manicaland, in der die MDC bisher die Hälfte der Sitze hielt. In der Heimatprovinz des MDC Vorsitzenden Morgan Tsvangirai hält sie nun nur noch zwei Wahlkreise in der Provinzhauptstadt Mutare.

In Stimmen betrachtet fällt der Wahlsieg der ZANU-PF etwas bescheidener aus. Von den 5.658.624 registrierten Wähler haben 2.696.670 (48%) ihre Stimme abgegeben. Dies liegt deutlich unter der Wahlbeteiligung von 2000. Die ca. drei Millionen Simbabwe, die gegenwärtig im Ausland leben, hatten kein Wahlecht. ZANU-PF gewann 58% der abgegebenen Stimmen, die MDC 38%.

Werden zu den 78 gewonnenen Mandaten noch die 30 Abgeordneten hinzugerechnet, die der Präsident ernennt, hat die ZANU-PF nun 108 von 150 Sitzen im Parlament (72%). Zu einer Verfassungsänderung werden 100 Abgeordnete benötigt.

Als besondere Einzelergebnisse sind zu vermerken:

- Die drei Wahlkreise, die aus städtischen Gebieten herausgeschnitten und ländlichen zugeschlagen wurden (vormals von der MDC gehalten), wurden von der ZANU-PF gewonnen;
- Prof. Jonathan Moyo, bis vor wenigen Wochen Informationsminister und für die Verschärfung der Mediengesetzgebung verantwortlich und nach seinem Rauswurf aus der ZANU-PF von Mugabe als Parteifeind Nr. 1 bezeichnet, gewann als einziger unabhängiger Kandidat (Wahlkreis Tsholotsho);
- der Parlamentsvorsitzende Emerson Mnangagwa, lange Zeit als Nachfolger für Mugabe gehandelt, verlor erneut seinen Wahlkreise in Kwekwe und kann wiederum nur darauf hoffen, dass Mugabe ihn zum Abgeordneten ernennt;
- Roy Bennet, im Vorjahr wegen einer Ordnungswidrigkeit im Parlament von der Mehrheit der Abgeordneten in einem juristisch fragwürdigen Verfahren zu einem Jahr Haft verurteilt, durfte in Chimanimani nicht antreten. Die MDC stellte seine Ehefrau auf, die über 11.000 Stimmen erhielt. Der Sieg fiel an den ZANU-PF Kandidaten mit mehr als 15.000 Wählern.

Parlamentswahlen 2000

Parlamentswahlen 2005

Provinz	Wahlkreise	Zanu-PF	MDC	Sonstige	Wahlkreise	Zanu-PF	MDC	Sonstige
Shona Provinzen	97	60	36	1	99	74	25	
Harare	19	0	19		18	1	17	
Manicaland	14	6	7	1	15	13	2	
Mashonaland East	12	10	2		13	13	0	
Mashonaland West	12	11	1		13	12	1	
Mashonaland Central	10	10	0		10	10	0	
Mashvingo	14	12	2		14	13	1	
Midlands	16	11	5		16	12	4	
Ndebele Provinzen	23	2	21	0	21	4	16	1
Bulawayo	8	0	8		7	0	7	
Matabeleland South	8	2	6		7	3	4	
Matabeleland North	7	0	7		7	1	5	1
Gesamtergebnis	120	62	57	1	120	78	41	1
ländliche Gebiete	93	62	30	1	95	77	17	1
städtische Gebiete	27	0	27	0	25	1	24	0

2. Wahlfälschung oder faire Wahlen?

Nach Aussagen aller Beobachter verlief der Wahltag ruhig und ordnungsgemäß. Auch die zwei Wochen vor dem Urnengang waren ‚politisch‘ überwiegend ruhig. Dies entspricht dem Zeitraum, in dem sich internationale Wahlbeobachter im Land befanden.

Die Wahlbewertung fällt extrem unterschiedlich aus. Die MDC behauptet, 94 der 120 Wahlkreise gewonnen zu haben und spricht von massiven Wahlfälschungen. Eine Beweisführung hat die Oppositionspartei bisher nicht vorgelegt.

Die eingeladenen Beobachtermissionen, soweit sie bisher Stellungnahmen abgegeben haben, bewerten den Wahlvorgang überwiegend positiv. So erteilen die Wahlbeobachter der Staatengemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) und die offizielle südafrikanische Delegation zwar nicht das Gütesiegel „frei und fair“, befinden aber, dass das Ergebnis den Willen der simbabwischen Bevölkerung widerspiegelt. Die nicht zur Wahlbeobachtung eingeladenen USA, UK und andere europäische Länder (mit Ausnahme Russlands) konnten nur mit diplomatischem Personal Wahlbeobachtung betreiben. Die britische und US-amerikanische Regierung sprechen von einem massiven Wahlbetrug.

Das Institute for Democracy in South Africa (IDASA) begründet die Zweifel über das offizielle Wahlergebnis:

- Nicht alle Aspekte des Wahlvorganges konnten beobachtet werden bzw. viele Beanstandungen wurden nicht aufgeklärt;
- Es gibt keine offizielle Dokumentation über die Zahl gedruckter und tatsächlich verteilter Wahlzettel;

- Die Auszählungen in den Wahllokalen konnte zwar frei beobachtet werden - die Addition, Verifizierung und Verkündigung der Ergebnisse verlief in einigen Fällen intransparent;
- es gibt keine offiziellen Zahlen über Briefwahlen;
- in manchen Wahlkreise gibt es noch unerklärte Differenzen zwischen den von der Zimbabwe Electoral Commission (Wahlkommission) bekanntgegebenen absoluten Zahlen über die Wählerbeteiligung und der Summe der auf die einzelnen Kandidaten entfallenden Stimmen;
- eine hohe Anzahl williger Wählern (bis zu 10%) wurde in den Wahllokalen abgewiesen.

Die Wählerverzeichnisse scheinen große Mängel aufzuweisen. Das endgültige Wählerregister wurde erst am 22.März, d.h. eine Woche vor der Wahl, veröffentlicht. Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft beanstanden, dass bis zu einer Million sog. Geisterwähler im Register enthalten seien. Ferner wurde die Neuregistrierung von Wählern im Vorfeld der Wahlen sehr diskret von den Behörden gehandhabt, eine große Zahl von Erstwählern nicht erfasst.

MDC und die NRO Zimbabwe Election Support Network (ZESN) haben eine vorläufige Liste von 30 Wahlkreisen vorgelegt, in der die Angaben der lokalen Wahlleiter von den veröffentlichten Endergebnissen der Wahlkommission abweichen. In ca. der Hälfte der Fälle scheint dabei aus einem MDC-Vorsprung ein ZANU-PF-Sieg geworden zu sein. Die Qualität der Vorwürfe muss bis zur Stellungnahme der Wahlkommission offen bleiben. Möglicherweise lassen sich einige Abweichungen im Zahlenwerk dadurch erklären, dass Zwischenergebnisse veröffentlicht wurden.

Zu einer Einschätzung des Wahlkampfklimas in der Vorwahlphase und der Repressionen gegen die politische Opposition sei auf des FES-Hintergrundbericht: „Simbabwe vor den Wahlen – eine politische Lageanalyse“ verwiesen.

3. Politische Bewertung der Wahlen

Nach den Präsidentschaftswahlen 2002 schien die Richtung für eine Lösung der politischen Krise vorgegeben: eine Übereinkunft zwischen der Regierungspartei und der Opposition über die Grundzüge für politische Reformen (einschließlich Verfassungsänderungen) sowie Garantien für ein Reformumsetzung, z.B. durch eine Regierung der nationalen Einheit. Als Mugabe Anfang 2004 den Termin für die Parlamentswahlen bekannt gab, verbaute er diesen Weg und setzte auf eine neue Option: Eine Wahlkonfrontation mit der MDC, aus der die ZANU-PF als Wahlsieger hervorgehen würde und die MDC geschwächt werden konnte. Damit wurde auch die von Südafrika, der SADC, der AU, der EU, dem Commonwealth und den USA bevorzugte Dialoglösung zunächst einmal auf Eis gelegt.

Dabei war von vorneherein klar, dass den Wahlausgang zwei gegensätzliche Wirkungsketten beeinflussen würden. Für die Opposition sprach die wirtschaftliche Gesamtentwicklung, die heute deutlich schlechter ist als in den beiden vorausgegangenen Wahljahren 2000 (Parlament) und 2002 (Präsidentschaft) - für die Regierung die Möglichkeit, durch Einschüchterung bzw. Wahlmanipulation Stimmen zu sammeln bzw. potentielle Wähler vom Urnengang fernzuhalten.

Ob der ZANU-PF-Wahlsieg nun primär durch Fälschung, politische Repression oder Wählerapathie zustande gekommen ist - Mugabe hat sein Ziel einer verfassungsän-

dernden Parlamentsmehrheit erreicht und kann seine Partei und sich als ‚unbesiegbare‘ Machtfaktoren feiern lassen. Die nur zaghaft kritischen Stellungnahmen der Wahlbeobachtermissionen deuten darauf hin, dass Mugabe auch keine substantielle Kritik aus den benachbarten SADC-Mitgliedsländern zu befürchten hat. Mugabe sieht mit diesem Wahlergebnis die seit 2000 anhaltende politische Legitimitätskrise seines Regimes als beendet.

Die MDC geht zweifellos stark geschwächt aus den Wahlen hervor. Nicht nur wird ihre Rolle im Parlament auf die einer Opposition ohne Einflussmöglichkeiten geschrumpft sein. Ihr unklarer und oft schwankender politischer Kurs wird auch ihre Führungsrolle in der Demokratiebewegung Simbawwes in Frage stellen. Die Teilnahme an Wahlen, die von vorneherein als unfrei eingestuft wurden und nun das Insistieren der MDC-Führung auf Wahlfälschung wird von Vielen als politische Naivität betrachtet - als ob Mugabe und seine ZANU-PF sich jemals freien Wahlen und einer sicheren Abwahl stellen würden. Diese Kritiker betrachten das Verhalten der MDC-Führung als weiteres Zeichen dafür, dass die Partei nicht in der Lage ist, eine friedliche Massenbewegung für einen Regierungswechsel zu organisieren. Trotz einiger Rufer nach einer ‚orange Revolution‘ im Stile der Ukraine: Die MDC scheint keinerlei Strategie für einen Umgang mit der (behaupteten) massiven Wahlfälschung zu haben.

4. Aussichten

Für die Regierungspartei eröffnen sich neue politische Gestaltungsmöglichkeiten. Mugabe hat schon angedeutet, dass er Verfassungsänderungen will und möglicherweise seinen im Referendum 2000 abgelehnten Entwurf wieder hervorholt. Spekuliert wird über die Einführung eines Senates und die Anpassung der Laufzeiten für Parlament und

Präsidentschaft. Letzteres wäre an eine Zusammenlegung der Wahltermine gekoppelt - entweder an vorgezogene Parlamentswahlen in 2008 oder an eine Verlängerung der Präsidentschaftsphase um zwei weitere Jahre auf 2010. Mugabe stünden zwei Optionen offen: er verschiebt seinen Rücktritt und bleibt bis 2010 im Amt -oder er tritt 2008 oder schon früher zurück und verschafft einem Nachfolger eine lange Übergangspräsidentschaft, um sich vor einer freien Wahl solide im Amt zu etablieren.

Nutzt die ZANU-PF ihre parlamentarische Dominanz zu einem weiteren Ausbau ihrer Macht, wird sie die politische Spaltung des Landes vertiefen. Die städtische Bevölkerung steht geschlossen in der Opposition, die Regierung wird außerhalb der Shona-Bauernschaft und der korrupten politischen Elite von allen sozialen Gruppen abgelehnt. Auch wenn der parteipolitische Arm der Opposition geschwächt ist - ein Regieren gegen die tragenden wirtschaftliche Kräfte der städtischen Bevölkerung kann die Krise nur verschärfen.

Damit steht das Regime vor einer generellen Wahl: Es kann seine gestärkte parlamentarische Präsenz dazu nutzen, die parteipolitische Opposition endgültig zu zerschlagen und das politische System weiter zu autokratisieren - oder es kann die gesunkene Bedrohung durch die Opposition dazu nutzen, die Machtzügel zu lockern und demokratische Grundrechte wieder einzusetzen.

Die Frage des künftigen politischen Kurses ist eng gekoppelt mit dem künftigen wirtschaftlichen Kurs. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich das Land aus eigener Kraft aus der größten Wirtschaftskrise seiner Geschichte herausarbeiten könnte. Ohne großzügige Mithilfe der Geberländer und ohne Bereitschaft von Weltbank und IMF, hierbei Führungsaufgaben zu übernehmen, sind kei-

ne relevanten Wachstumsimpulse zu erwarten. Die Geber haben aber bisher deutlich gemacht, dass ohne eine politische Liberalisierung kein wirtschaftlicher Beistand geleistet wird, der über die Nothilfe hinausgeht.

Damit steht Mugabe vor dem gleichen Problem, das er auch schon vor den Wahlen hatte. Während er die MDC im Lande gebändigt hat, muss er nun die internationalen Geber für einen neuen Kurs gewinnen. Die aber könnten ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen auch weiterhin an demokratische Reformen knüpfen. Sollten die internationalen Geber diese Position für demokratische Reformen einheitlich vertreten, hätte Mugabe am 31. März einen Pyrrhussieg erzielt.

Ob Mugabe zu einer Liberalisierung seines Regimes bereit ist, könnte sich kurzfristig an drei Stellen messen lassen:

- Wiedezulassung der unabhängigen Tageszeitung Daily News. Das oberste Gericht hat bereits die Medienaufsichtsbehörde angewiesen, die Registrierung zu überprüfen;
- Eine eindeutige Erklärung der Präsidentschaft, dass das NRO-Gesetz, vom Parlament verabschiedet und der Unterschrift Mugabes harrend, in der vorliegenden Form nicht in Kraft gesetzt wird und keine staatliche Kontrollaufsicht über nationale und internationale NROs angestrebt wird;
- Eine Erklärung der Präsidentschaft bzw. des Innenministeriums, dass die Polizei kein generelles Recht zur Verweigerung politischer Versammlungen und Kundgebungen besitzt.

Sollte das Regime das NRO-Gesetz in Kraft setzen und die Medien weiterhin unter politischer Aufsicht halten, kann man wohl davon

ausgehen, dass die Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Herrschaftsregimes abwegig sind und Mugabe bereit ist, für eine

Machtzementierung das Land weiter ins Wirtschaftschaos zu treiben.

Ansprechpartner

Dr. Rudolf Traub-Merz, Tel.: 0228-883 582; Rudolf.Traub@fes.de
Johanna M. Fuhrbach, Tel.: 0228-883 580; Johanna.Fuhrbach@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Afrika
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Fax: 0228-883 623

